



ASSEMBLÉE DES RÉGIONS D'EUROPE
ASSEMBLY OF EUROPEAN REGIONS
VERSAMMLUNG DER REGIONEN EUROPAS
ASAMBLEA DE LAS REGIONES DE EUROPA
ASSEMBLEA DELLE REGIONI D'EUROPA

Berlin, 9. Februar 2001

Pressemitteilung

Regionen Europas präsentieren eigene Vorstellungen für europäische Verfassungsordnung

Willi Stächele: „Wir, die Regionen, reden künftig stärker mit in Europa“

Die Regionen Europas fordern innerhalb der Europäischen Union eine Zuständigkeitsabgrenzung, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientiert und die den Kern mitgliedstaatlicher *und* regionaler Eigenständigkeit unberührt lässt. Dies erklärte Staatssekretär Willi Stächele, der Präsident der Kommission A „Politik und institutionelle Fragen“ der Versammlung der Regionen Europas (VRE) am Freitag (09.02.2001) in Berlin.

Der Europäische Rat von Nizza habe mit seiner „Erklärung zur Zukunft der Union“ eine europäische Verfassungsdebatte eröffnet. Vertreter von über 40 europäischen Regionen hätten nun in den heute vorgestellten Standpunkten dargelegt, wie die verfassungsmäßige Ordnung Europas den regionalen Selbstbestimmungsansprüchen in Zukunft gerecht werden müsse, führte Stächele, der auch Vizepräsident der VRE ist, aus.

Ein zentrales Anliegen der Regionen sei es dabei auch, eine unabhängige Autorität zu bestimmen, die über die Einhaltung der Kompetenzordnung wachen solle und die auch von ihnen selbst angerufen werden könne. Schließlich müsse der Ausschuss der Regionen in seiner Rolle als regionale Interessenvertretung gestärkt werden, unterstrich Stächele.

Dies seien die Kernpunkte für eine Stellungnahme der VRE zur Regierungskonferenz 2004, die von der Kommission A „Politik und institutionelle Fragen“ am 8. und 9. Februar 2001 in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin unter Beteiligung deutscher und österreichischer Länder, spanischer Autonome Gemeinschaften, Regionen und Sprachgemeinschaften Belgiens sowie Regionen aus ganz Europa - Dänemark, Italien, Ungarn, Niederlande, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweiz, Schweden, Großbritannien - erarbeitet worden seien.

Die Kommission A habe weitere Beschlussvorschläge vorgelegt, die vom Vorstand der VRE im März beschlossen werden sollen, informierte Stächele. Insbesondere sei Position zum geplanten Weißbuch der Europäischen Kommission „New Governance“ bezogen worden. Danach werde der Ansatz des Governance-Konzepts begrüßt, wonach neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Handlungs- und Entscheidungsebenen in der Union gefunden werden sollen.

Gleichzeitig aber werde auf die Gefahr hingewiesen, dass die „Vernetzung von Entscheidungsebenen“ es den europäischen Organen ermögliche, auch außerhalb ihrer Kompetenzen tätig zu werden. Insoweit riskiere das Governance-Konzept in Widerspruch zu geraten zu dem in Nizza erklärten Ziel, die Zuständigkeiten in der Union genauer abzugrenzen. Die in Berlin versammelten Regionenvvertreterinnen und -vertreter regten an, im Rahmen dieses Konzepts die Regelungsdichte der EU zurückzuführen.

Die Versammlung der Regionen Europas (VRE) ist die politische Bewegung der europäischen Regionen und seit 1985 mit der Förderung des Regionalismus in Europa und mit der Entwicklung der interregionalen Zusammenarbeit befasst.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

- Presse- und Kommunikationsdienst der VRE: Barbara Thauront und Francine Huhardeaux
Tel.: +33 3 88 22 07 07, Fax: +33 3 88 75 67 19, e-mail infopresse@are-regions-europe.org
- VRE-Büro in Brüssel: Stéphane Cools und Hinde Youssouf
Tel.: + 32 2 421 85 12, Fax: + 32 2 421 87 87, e-mail s.cools@mrw.wallonie.be
- Besuchen Sie auch die Web-Site der VRE: <http://www.are-regions-europe.org>

Immeuble Europe, 20 place des Halles, F – 67054 STRASBOURG Cedex (France)
Téléphone (+33) 3 88 22 07 07 – Téléfax (+33) 3 88 75 67 19
E-mail : secretariat@are-regions-europe.org ou infopresse@are-regions-europe.org